

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf., Durch Austräger 1.90 M., pro Woche, 7.50 M., pro Monat, Durch die Post 7.50 M., pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 22. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 M., auswärts 0.90 M., Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangelegenheiten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 M., Retikame: Die Millimeterzeile, 8spaltig oder deren Raum im Text 3.— M.

Lässt sich so leben?

Die Familie eines Metallarbeiters. Der Mann ist Schweißer und verdient „gut“. Wöchentlich mit Kinder- und Haushaltsgulage abzüglich des Steuerabzugs und der 10 M. Krankengeld bringt er 540 M. nach Hause.

Er, seine Frau und die zwei Kinder, der siebenjährige Junge und das dreijährige Mädchen, wohnen auf der dritten Etage, haben eine Küche und ein Zimmer.

Wieviel brauchen diese Menschen, um leben zu können? Können wir mit ihnen rechnen, alles so knapp berechnend, damit sie nur nicht Hungers sterben.

2 1/2 Liter ein Brot für 6,55 M. und 10 Brötchen zu 50 Pf., das macht	11,55 M.
1/4 Pfund Fleisch 12 M. und 1/2 Pfund Wurst 12 M., also	24,— M.
1/2 Liter Milch (für das Mädchen)	3,— M.
6 Pfund Kartoffeln zu 1,50 M.	9,— M.
1/4 Pfund Reis oder Grieß	2,— M.
2 Pfund Gemüse	3,50 M.
Zusammen:	53,05 M.

Wöchentlich machen diese Ausgaben also 371,85 M.

Dazu kommen an Nahrungsmitteln noch solche, die man wöchentlich einläuft:

2 Pfund Mehl (städtisch)	7,50 M.
1/4 Pfund Kaffee	20,— M.
1/2 Pfund Malzkaffee	2,75 M.
1 Pfund Zucker	7,50 M.
1 Pfund Schmalz	40,— M.
2 Pfund Margarine	64,— M.
Gewürz, Zwiebel, Salz	5,— M.
Zusammen:	146,75 M.

Also Nahrungsmittel insgesamt wöchentlich 518,10 M.

Dazu muß man aber auch die Heizung berechnen:

1 1/2 Zentner Kohlen	48,— M.
3 Bündel Holz	3,— M.
Beleuchtung für Gas	10,65 M.
Und da die Leute sich auch waschen müssen, für Seife (1 Stück)	7,50 M.
und für Wäsche, Seifenpulver (1 Päckchen)	7,— M.
Und von der Miete (35 M. monatlich) entfällt auf die Woche	8,75 M.
Zusammen also:	84,90 M.

Nahrung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zusammen also 603,— M.

Wie die Proleten auch sparen möchten, ohne Kleider, Schuhe und Wäsche kommen sie nicht aus. Man flukt und flukt, endlich aber verschleißt sich alles.

So muß man rechnen, daß ein jedes Familienmitglied jährlich ein Kleid, ein Paar Schuhe und Wäsche verschleißt, daß vier Bettlätter und vier Kissenbezüge verschiffen werden. So stellen sich die jährlichen Kosten:

Mann	Kleider 1500 M.	Schuhe 300 M.	2 Garnit. Leibwäsche 280 M.
Frau	1500 M.	250 M.	320 M.
7 jähr. Junge	600 M.	120 M.	170 M.
3 jähr. Mädchen	300 M.	70 M.	115 M.
Zusammen:	3900 M.	740 M.	885 M.
Dazu 4 Bettlätter zu 72 M.			288 M.
4 Kissenbezüge zu 32 M.			128 M.
Zusammen:			416 M.
Also jährliche Bekleidung			3900 M.
			740 M.
			885 M.
			5941 M.

Diese 5941 M. teilen wir auf die 52 Wochen des Jahres auf, so daß auf eine Woche circa 114,20 M. entfallen. Hiermit stellen sich die Gesamtausgaben auf 602,— M. + 114,20 M. = 716,20 M.

bei 540 M. Einnahmen!

Dabei rechnen wir keinen Pfennig weder für Neuanschaffungen an Geschirr (irgend was wird immer zerbrochen), Möbel, noch für Bücher, Theatet, Bahnfahrt, Zeitungen, Organisation, für Tabak, Spielzeug oder Räucherkerzen für die Kinder, einen neuen Hut oder dergleichen oder sogar für Arzt und Apotheker! — „Die Arbeiter sollen sich einschränken!“ predigen uns die Kapitalisten. — Aber auch so können sie nicht leben. Das zeigen die nackten Rippen deutlich. Tausende und Abertausende von Familien gibt es, wo der Mann weniger verdient als in unserem Beispiel und wo die Familie nicht vier, sondern sechs und mehr Köpfe zählt. Und das in den Zeiten, wo die Unternehmer kaum ihre Profite zählen können.

Was sollen die Arbeiter vom Geschrei der sozialdemokratischen Führer über kommunistische Forderungen? Genügen denn die Hungerzahlen nicht, um die Proleten dazu zu bringen, dieser Wirtschaft ein Ende zu machen?

Ferner. Das alles beweist, wie weit das revolutionäre Bewußtsein in den sozialdemokratischen Massen vorge-schritten ist.

Das Hungertuch der Beamten.

In einer Beratung des Finanz-, Post- und Reichsverkehrsministers mit den Vertretern sämtlicher Reichstagsfraktionen wurde Uebereinstimmung erzielt, daß in Anbetracht der ungeheuerlichen Notlage der Beamten und Staatsangestellten noch vor Weihnachten Vorschüsse auf das Januargehalt zu gewähren sein. Dadurch wird das Januargehalt noch stärker herabgesetzt, und die Existenz noch unsicherer gestaltet. Mit der Bewilligung dieser Vorschüsse ist das Beamtenelend offiziell anerkannt. Um so unverantwortlicher ist es, wenn die Reichsregierung noch länger mit der Gehaltserhöhung zögert.

Gemeindevertreter für die Rußlandhilfe.

Die Gemeindevertretung Sulzbach-Saar hat als einmalige Beihilfe für die Hungernden in Rußland 30 000 Mark bewilligt, welcher Betrag durch dortige Vermittlung abgeführt werden soll. Allen Genossen in der Gemeindevertretung zur Nachahmung empfohlen.

Für den Reichsbetriebsrätekongress.

Die Vollversammlung der Betriebsräte Halle nahm einstimmig eine Resolution an, in der auf die Angriffe der Unternehmer, die bevorstehende Aufhebung des Achtstundentages und des Streikrechts hingewiesen wird, und in Anbetracht der drohenden Gefahren die sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsräte-Kongresses gefordert wird, der über die praktischen Schritte zur Durchführung der 10 Punkte des ADBB. beraten soll.

Kapitalistische Einheitsfront in der Tschechoslowakei.

Aus Prag wird gemeldet: Zwischen dem deutschen und tschechischen Industriellenverband der Tschechoslowakei finden Verhandlungen zur Schaffung einer Einheitsorganisation statt. Die deutsche wie die tschechische Bourgeoisie dieses Staates kann sich jetzt in nationalem Eifer gar nicht genug tun, aber gegenüber dem Proletariat schließt sie sich zur Einheitsfront zusammen.

Neudeutsche Finanzpolitik.

Wirth erklärt die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands. Unter dem Diktat des Schwerkredits und der Großfinanz, die ihre Agenten ihm zum beherrschenden Beirat für die Reparationsverhandlungen gestellt haben, läßt er die Entente wissen, daß zur Januarrate der Wiedergutmachungszahlungen an 300 Millionen Goldmark fehlen. Dieser in der äußersten und inneren Finanzpolitik einer kapitalistischen Großmacht unverhörte Schritt geschieht nicht, weil die Wiedergutmachungsschuld überhaupt nicht geleistet werden kann, sondern weil die deutschen Kapitalisten sie nicht leisten wollen. Der angekündigte äußere Staatsbankrott als Ergebnis der Erfüllungspolitik Wirths wird zum Mittel, die deutsche Wirtschaft der Kontrolle des Weltimperialismus auszuliefern; er wird zum wirtschaftlichen Landesverrat, weil die Koalitionsregierung unter dem Stimmesdiktat zurückschreckt, den einzigen Weg zu gehen, der zur Gesundung der Wirtschafts- und der Staatsfinanzen führt, den Weg des Staatseingriffs in die kapitalistische Produktion.

In ihrem Respekt vor der Heiligkeit des kapitalistischen Eigentums, in ihrer Angst, die Arbeitermassen gegen die „Führer der Wirtschaft“, die kapitalistischen Oligarchen aufzurufen, sieht die Regierung die Wirtschafts- und Finanzkontrolle der Entente der Kontrolle des entscheidenden Teils der eigenen Nation, der breiten Arbeitermassen, über die Wirtschaft vor. Schon kündigt die Antwort der Reparationskommission auf die Bankrotterklärung Wirths die kommende Türkisierung Deutschlands an. Die Reparationskommission fragt nach Garantien für die zu gewährende Stundung; sie fragt nach den Maßnahmen, die die deutsche Regierung zu treffen gewillt sei, um die Ententesforderungen zu sichern. So pfliegten bisher die Türken oder Griechenland gefragt zu werden, wenn sie die Großmächte um Stundung baten. Wirth wird in einigen Tagen der fragenden Reparationskommission befriedigende Antwort geben, sobald Stimmes und Rathenau, deren Verhandlungen mit London nicht abgebrochen sind, mit der Verschäkerung der deutschen Wirtschaft fertig geworden sind.

Die rechtsunabhängige Presse, voran die Berliner „Freiheit“, ist mit Wirth zufrieden. Sie sieht, daß seine Politik der Erfüllung die Erfüllung der Politik Hilferdings ist: die Verständigung um jeden Preis mit dem Entente-Kapital, selbst wenn dieser Preis die Existenzmöglichkeit der deutschen Arbeiter ist. Sie erkennt aber nicht, daß die Verständigung mit den englischen und französischen Kapitalisten, die Verständigung der Arbeiter mit den deutschen Kapitalisten, daß der außenpolitische Burgfrieden den innerpolitischen notwendig nach sich zieht. Der Burgfrieden mit den deutschen Kapitalisten bedeutet aber die Aufhebung der ersten Voraussetzung der Erfüllung, zu der Hilferding und Wirth sich bekennen: der Sanierung der deutschen Wirtschaft und der Staatsfinanzen. Denn diese Sanierung ist nur möglich durch die Erfassung der Sachwerte, die aber nie und nimmer im Burgfrieden mit dem Kapital der Staatskontrolle unterworfen werden können. So scheidet jede äußere und innere Finanzpolitik Deutschlands, die sich nicht richtungslos auf die revolutionären Arbeitermassen stützt, an dem inneren Widerspruch, der sie verurteilt, der Spielball des Schachers des internationalen und deutschen Kapitals zu sein.

Die Finanzlage Deutschlands und die Steuerpolitik der letzten Tage beweisen es, wie der Zerfall der deutschen Staatsfinanzen unaufhaltsam fortschreitet, weil über den Verhandlungen in London, über Kreditaktion und Moratorium und dem Drang nach Verständigung das einzige vergessen wurde, was allein noch helfen kann: die Enteignung der kapitalistischen Produktionsmittel zugunsten des Staates.

Eine eben veröffentlichte Übersicht über die Reichseinnahmen und Ausgaben im ersten Halbjahr 1921/22 weist bei Einnahmen von rund 51 Milliarden und Ausgaben von 84,6 Milliarden Mark einen Fehlbetrag von 34,6 Milliarden auf. Die schwebende Schuld hat sich bis Mitte Dezember auf beinahe 233 Milliarden erhöht. Der Banknotenumlauf beträgt augenblicklich mehr als 103 Milliarden. Die Reichspost schließt im ersten Halbjahr 1921/22 mit einem Fehlbetrag von rund 970 Millionen Mark ab, die Reichseisenbahn mit einem solchen von 712 Millionen in ihrem außerordentlichen Haushalt.

Was tun Regierung und Reichstag gegen diesen katastrophalen Zusammenbruch?

Fehlt es bei der Post und bei der Eisenbahn, so werden einfach die Tarife erhöht. In seiner Dauerfassung vom 17. Dezember hat der Reichstag fast ohne ein Wort der Kritik nach dem Vorschlag des Postministers Giesberts das Postgesetz für die Ortspostkarte auf 75 Pf. und für die Postkarte im Fernverkehr auf 1,25 Mark, sowie das Briefporto auf 2 und 3 Mark festgesetzt. Die Fernspreckgebühren werden wieder einmal verdoppelt. Dieser finanzpolitische Dilettantismus,

Sie dürfen nicht ausgeliefert werden.

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, soll die Auslieferung der Attentäter des spanischen Ministerpräsidenten, Genosse und Genossin Fort, bereits in den nächsten Tagen an die spanische Genferregierung erfolgen. Die Verhandlung zwischen den beteiligten Ministerien soll vor dem Abschluß stehen. Man glaube nicht, daß sich das Proletariat durch die „Weihnachtsruhe“ einschläfern läßt und eine solche Judaslast der deutschen Regierung widerständig sich gefallen ließe. Es bleibt dabei, was der internationale Appell der Arbeiter klipp und klar erklärte:

„Die Arbeiterklasse wird die Auslieferung der spanischen Flüchtlinge nicht erlauben.“ Den spanischen Inquisitoren würde ihr Opfer teuer zu stehen kommen, wenn die deutsche Regierung vor dieser neuen Ungeheuerlichkeit nicht doch noch zurückschrecken sollte. Wenn sie den deutschen Arbeitern diese neue Schmach antun würde, so würden die Arbeiterorganisationen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens usw. den Schutz des Lebens der bedrohten spanischen Genossen und ihrer Freunde übernehmen, wie sie ja auch Sacco und Banzetti den nationalen Genossen entrißen haben.

Fenner bekommt den Kopf gewaschen.

Unter diesem Titel berichtet unser Stettiner Bruderorgan über eine Funktionärerversammlung der SPD-Stettin, die sich mit ihrem Parteigenossen, dem Politischen Präsidenten und Kommunistenfesler Fenner, beschäftigte. Fenner hat, wie wir in der gestrigen Nummer berichteten, vor einiger Zeit unseren Genossen Müller aus Stettin ausgewiesen und dieses sein Vorgehen wurde nun von den sozialdemokratischen Funktionären einer scharfen Kritik zogen. Es lag eine Resolution vor, die gegen Müllers Ausweisung protestierte; diese Resolution wäre auch ohne weiteres angenommen worden, sie wurde nur unter der Bedingung der sofortigen Zurücknahme des Ausweisungsbefehls zurückgezogen.

Die SPD-Preße vomernus nennt Fenners Maßnahmen eine Gelei. Aus den Betrieben heraus nahmen nicht nur die einzelnen SPD-Genossen, sondern auch die Vertrauensleute der Partei eine scharfe Stellung gegen

der an Symptomen herunturteilt und damit die Krankheit nur noch mehr verschlechtert, statt bei ihren Ursachen, der kapitalistischen Miswirtschaft, anzupacken, charakterisiert die ganze neudeutsche Finanzpolitik.

Weiter: Die Besitzsteuern, so zahlreich sie sind, werden in den Reichstagsverhandlungen noch weiter zugunsten der Kapitalisten abgeändert. Die Einkommensteuer ist noch in der letzten Reichstagsitzung als Weihnachtsgeschenk gerade für die großen Kapitalisten stark herabgesetzt worden. Statt daß das steuerfreie Existenzminimum heraufgesetzt worden wäre, — das einzige Mittel, um das Lohnneinkommen der Arbeiter, — die Gehälter der kleinen Beamten und Angestellten dem Staatszugriff zu entziehen, haben die Kapitalisten im Reichstag umgekehrt die Einkommensteuersätze für die großen Einkommen herabgesetzt. Nach der neuen Staffelung wird der höchste Satz der Einkommensteuer mit 60% erst bei einem Einkommen von 2 Millionen, statt wie bisher bei einer Million, erreicht. Die Herren Kapitalisten, die es verstanden haben, sich bisher der Einkommensteuer zu entziehen, bekommen also in der Zeit der höchsten Finanznot der Ebert-Republik fast die Hälfte ihrer Steuern geschenkt.

Aus dem ersten Abschnitt der Steuer- und Finanzkampagne geht das deutsche Schwerkapital als Sieger hervor — freilich, indem es vor London und Paris kapituliert.

Es ist höchste Zeit, daß die deutschen Arbeiter sich zusammenschließen, damit sie nicht als Opfer auf der Walstatt zurückbleiben.

Politische Übersicht.

Stinnes ist unzufrieden mit seinem jungen Mann

Zu der von uns gemeldeten Rede Severings, die der „Vorwärts“ bezeichnenderweise unter Weglassung des letzten Absatzes und ohne zu erwähnen, daß Severing am Reden verhindert worden ist, bringt, bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Wie jemand (die „D. A. Z.“ meint Stinnes) — besonders heutzutage — auf wirtschaftlichem Gebiete eine hervorragende Kraft sein soll, der auf politischem Gebiet ein blutiger Dilettant ist, können wir uns nicht recht vorstellen. Wirtschaft und Politik durchdringen in unserer Zeit einander in dem Grade, daß sie von einander schlechterdings nicht zu trennen sind. Wir verzichten aber auf einen Streit mit Herrn Minister Severing über diesen Punkt um so lieber, als wir seine Bemerkungen, den törichten Stinneslegenden ein Ende zu machen, zu schätzen wissen. Nur eine Bemerkung können wir nicht unterdrücken: Wenn Herr Minister Severing ausgehen will, um den politischen Dilettantismus zu juchen, so wird er ihn an anderen Stellen viel eher finden, als da, wo er ihn anzutreffen vermeint.

Das stimmt, wenn Severing die wirtschaftliche Tüchtigkeit des Stinnes schätzt und unterstützt, erkennt er auch keine Politik als die richtige an. Bemerkenswert ist, daß sich ein Sozialdemokrat (Severing will es wenigstens sein), von bürgerlicher Seite auf die Tatsache aufmerksam machen lassen muß, daß Politik und Wirtschaft eins sind.

Stinnes hat es doch wirklich leicht, nicht nur, daß ihm ein großer Teil der bürgerlichen Zeitungen zur Verfügung steht und für ihn Propaganda macht, auch sozialdemokratische Führer (wie Severing) stellen sich ihm willig zur Verfügung.

Die „offenbarten“ Großagrarien.

Die Großagrarien sind uneigennütige Leute. Sie sind jederzeit bereit, ihrem bedrohten Vaterlande zu helfen. Genau wie Stinnes und seine großkapitalistischen Freunde, so wollen auch die Leute um Wangenheim und Nüchthausen nicht zurückstehen im „Opfer“.

Die Angst vor der Erfassung der Sachwerte, hat die Junker, obwohl die „Erzeuger“ dieses Gedankens die SPD-Leute niemals ernst dafür gekämpft haben, „gestilligt“ gemacht. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirte will Rettung bringen, indem die inländische Produktion der Landwirtschaft gehoben wird. Von einer gleichzeitigen Herabsetzung der Preise spricht die Resolution nicht. Sie verlangt aber:

„Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum, wirksamer Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen störende Eingriffe.“

Das bedeutet Verzicht der Regierung auf die Sachwertfassung, Verbot von Streik, Sipo und technische Nothilfe.

Ein Opfer wollen sie schon bringen, die Herren von altem Schrot und Korn. Aber dabei noch etwas verdienen. Daß sie dabei soviel verdienen, daß den Proleten die Haare zu Berge stehen, kümmert diese Leute nicht.

Jede verlorene Minute bedeutet Hunderte von Todesfällen.

Ein neuer Hilseruf Frithjof Ransens.

Die Vertretung des Deutschen Roten Kreuzes hat von Frithjof Ransen folgenden Funkspruch erhalten:

Habe Samara und Umgebung besucht. Das Elend übersteigt die schlimmsten Befürchtungen. Die Gegend von Dzulul, wo die Quäler arbeiten, umschließt 915 405 Einwohner. Von diesen haben 537 000 keine Nahrung mehr. Während der Monate September, Oktober, November sind 30 405 gestorben, aber die Sterbezahl steigt fortwährend, und bis zum Frühjahr werden zwei Drittel der Einwohner verendet sein, falls ausreichende Hilfe nicht sofort anlangt. In der Stadt Dzulul werden jeden Morgen tote Männer, Frauen und Kinder auf der Straße aufgefunden, andere bleiben tagelang liegen, da keine Möglichkeit vorhanden ist, sie wegzuschaffen. Ich selber sah eine von Hunderten zerfressene Leiche auf der Straße. Auf dem Friedhof sah ich einen Haufen von ungefähr 80 Leichen, meistens Kinder, ohne jegliche Bekleidung, da diese von den Überlebenden zu sich genommen war. Diese Leichen waren im Laufe von zwei Tagen mit dem Leichenwagen hingeführt. Ich fragte den Totengräber, wieviel tote täglich eintreffen, er antwortete, er wisse das gar nicht, da sie haufenweise abgeliefert werden. Den Eindruck der Hunderte von Kindern, deren Körper nur aus Haut und Knochen bestehen und die sich kaum aufrecht erhalten, sowie der verzweifeltten Mütter, die um Nahrung für die sterbenden Kinder stehen, kann ich gar nicht beschreiben. Die Männer sind völlig teilnahmslos und sehen dumpf in die hoffnungslose Zeit. Diese Beispiele stammen aus einer Gegend, wo die Zustände besser sind, als in anderen Teilen des Gouvernements Samara. Die Verhältnisse sind ähnlich oder schlimmer im großen Teil des ganzen östlichen Russlands. Die amerikanische Organisation und die Quäler arbeiten großartig. Die Schweden sind eben angekommen und nehmen ihre Tätigkeit auf. — Aber all diese Hilfe kann nur die Oberfläche des Elends berühren. Die Bevölkerung, ohne eine Klage zu äußern, wartet im Todesstampe auf die Hilfe der anderen Völker Europas, auf die sie jetzt hofft. Jede verlorene Minute bedeutet Hunderte von Todesfällen. Wir brauchen Getreide als Nahrungsmittel und Saatgut für nächstes Frühjahr. Die Felder sind gepflügt und geädert, aber es fehlt an Saat. Die Völker und Regierungen Europas müssen erwachen, diese Katastrophen erkennen und das Fürchtbare, das sich hier abspielt, begreifen. Im Namen der Menschlichkeit muß diesem Zustande abgeholfen werden. Es ist spät, aber Zeit ist noch genug für tätiges Eingreifen.

Lohnverhandlungen der staatlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Bei den staatlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten hat eine ziemlich Bewegung Platz gegriffen, wofür das Reichsfinanzministerium die Neuordnung der Besoldungsfrage durch alle möglichen Tricks in die Länge zieht. Die Spitzenorganisationen führen augenblicklich Verhandlungen mit der Regierung.

Dazu bemerkt die „Volkswacht“:

Naturgemäß wirkt die augenblickliche außenpolitische Situation störend auf den Gang der Verhandlungen. Es ist zu erwarten, daß die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft das notwendige politische Verständnis für die augenblickliche Situation aufbringt. Die Gewerkschaften sind jedenfalls bestrebt, die Verhandlungen auf dem schnellsten Wege zu einem Abschluß zu bringen, und es kann auch gesagt werden, daß die Regierung eifrig bemüht ist, der Notlage der Beamten, Angestellten und Arbeiter Rechnung zu tragen.

Das ist der Standpunkt eines sogenannten Arbeiterblattes. Das Rezept ist zwar sehr einfach, wird aber nichts nützen. Um den knurrenden Magen zur Ruhe zu bringen, gehört nicht „politisches Verständnis“, sondern, daß die Regierung so schnell wie irgend möglich die berechtigten Forderungen erfüllt und die elenden Gehaltsverhältnisse verbessert.

Schlesische Rundschau.

Auf dem Simpelfang.

In Nr. 294 vom 17. Dezember bringt die „Schlesische Bergwacht“ einen Artikel, „Feinde des arbeitenden Volkes“. Darin kommt die ganze zwiespältige Politik der SPD zum Ausdruck. Ganz richtig wird die Gefährlichkeit der bürgerlichen Presse für die Arbeiter enthüllt und die Forderung am Schluß gestellt: „Recht den Kampf mit der kapitalistischen Presse auf!“ Recht ihr Herren in der Sandtrübe gar nicht, daß ihr mit eurer Politik nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter tragt. Von den Arbeitern verlangt ihr Kampf gegen den Kapitalismus und in eurer Presse, in der Fraktion und vom Zentralvorstand aus treibt ihr Propaganda für ein Zusammenarbeiten mit dem Kapitalismus. Bei allen entscheidenden Abstimmungen im Parlament stimmt die Sozialdemokratie gegen USB und SPD, alle Anträge, die eine Erleichterung der schweren Lage der Arbeiter bringen sollen, nieder. In den letzten Tagen, bei den Beratungen im Postgebührenauschuß des Reichstages hat die SPD, der Durchbrechung des Achtstundentages, von hinten herum, zugestimmt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer erklärte für seine Partei: „Am Achtstundentag lassen wir nicht rütteln, aber Unterschiede zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsbereitschaft erkennen wir an und wollen ihnen Rechnung tragen.“

Diese Anerkennung der Arbeitsbereitschaft bedeutet für alle davon betroffenen Arbeiter- und Angestelltengruppen eine verlängerte Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus. Mit dieser Anerkennung stimmt die SPD, einem der ungeheuerlichsten Paragraphen der „Schlichtungsordnung“ zu. Besonders das Personal in den Krankenhäusern in Heilstätten, das Fahrpersonal bei der Eisenbahn usw. wird sehr bald die Segnungen der Arbeitsbereitschaft zu spüren bekommen. Die Arbeiter, die bei Tarifabschlüssen darauf Wert legen, daß sie bei Betriebsstörungen von kürzerer Dauer, bei Materialmangel usw. die Wartezeit bezahlt verlangen und vielerorts auch erhielten, werden bald merken, was Arbeitsbereitschaft zu bedeuten hat. Dann kommt die Gewerkschaftsführer, die ihre Fraktion im Reichstag nicht desavouieren wollen und können und müssen nun den Arbeitern solche dumme Gedanken austreiben. Dann wehe dem Kommunisten, der für Bezahlung der Wartezeit eintritt, na wir kennen ja das Lied zur Genüge. Dann liegt alle Schuld bei der dummen Masse, die als noch nicht reif beschimpft wird und bei den III Kommunisten. Dann wird man dem Arbeiter wieder vorschreiben, daß man nicht anders konnte und das man von zwei Uebeln das kleinere gewählt hat. Durch diese Taktik des kleineren Übels, haben sich sowohl kleine Uebel angehäuft, aus denen sich heute der ganze große Uebelstand der Arbeiterfraktion zusammensetzt.

Der Artikel macht aber seinem Schreiber alle Ehre, er ist ein wahres Meisterstück sozialdemokratischer Beredsamkeit. Der Arbeiter in der „Bergwacht“ schreibt nach Erzählung einer kleinen Anekdote aus dem Weltkrieg über die Macht der Presse: „Sehr richtig! wiederholen auch wir, ohne die kapitalistische Presse

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT
UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

35.) (Schlußwort verboten.)

„Ich soll keinen Skandal machen? Ich werde einen solchen Skandal machen, daß es auch schlecht bekommen wird, ihr schenglichen Mörder! Ich gehe nach Paris, nach London, ans Ende der Welt und schreie die ganze Welt damit voll, was für gemeine Banditen ihr seid!“

Sie war vor Wut außer sich. Sprach schreiend. Die beiden Grafen schloßen erschrocken die Fenster.

„Sollt ihr wirklich nichts tun?“ — rief sie.

„Das konnten wir tun?“ — entgegneten die beiden.

„Wir können uns doch nicht exponieren. Das ist unmöglich.“

„Für einen Menschen!“

„Für mich! Mir zuliebe!“

„Schauen Sie“ — warfen die beiden ein — „wenn es sich bloß um Sie handelte...“

„So! Auch mich hinzulegen, dazu war ich gut! Bei mir jetzt, dazu war ich gut! In allem was ich gut, solange ihr euch bei mir an allem Guten vollpressen konntet! Aber für mich jetzt wollt ihr nichts tun!“

„Es ist unmöglich, schauen Sie, ist ganz unmöglich.“

Scham trat auf ihre Lippen. Rasche Wut verzerrte ihre Züge.

„Was ihr, was ihr seid?“ — kreischte sie. — „Das seid ihr!“ Sie sagte es ihnen. Mit jener alten zornigen Gemütsart, mit jener tollgeräuschigen kindlichen Grobheit, die von ihren feinen Lippen einst mit so viel Haß geschliffen worden war. Nun geisterte sie ihnen zehnmal, zwanzigmal mit wuschelnden Mund diesen klinkenden Unflut ins Gesicht.

Die Grafen erschloßen.

„Berzugen Sie über mich“ — sprach der ältere — „ich werde Sie beim Oberkommandanten melden. Das glaube

ich nicht, daß Sie Pardon bekommen, dies ist jetzt nicht Mode...“

Der Oberkommandant lächelte Lolas Bitte gelangweilt, mit der neidischen Schadenfreude des schlechtverdankenden Menschen.

„Ich, ich weiß“ — sprach er, das magere, eingefallene Gesicht verzerrend — „jetzt ist jeder ungeschuldig! Jeder!“

Nach einigen Augenblicken dachte er durch eine Gebärde an, er wolle sie nicht länger anhören. Er redete zu seinem Adjutanten:

„Ein Kurier soll die Dame begleiten“ — verfügte er unwirksam. — „Die Angelegenheit soll untersucht werden. Gardegg soll melden, wie er verfährt hat.“

Er verzerrte den schlaffen Mund, als schienen ihm selbst diese Worte zu viel.

Lola wachte bereits, von diesem Menschen habe sie nichts zu erwarten. Und sie erkannte auch daraus die Fruchtlosigkeit alles Bemühens, daß sich niemand helfen wollte, einen Kurier anzutreiben, der sie begleiten würde. Sie wollte nach Budapest telefonieren oder telegraphieren, an die Gattin-Missionen, doch befanden sich Telegraph und Telefon in den Händen des Oberkommandos, und als man erfuhr, was ihre Absicht sei, hielten sich die Leute mit beiden Händen die Ohren zu, und es flüchtete jeder, an den sie sich wandte.

Nun konnte nur noch davon die Rede sein, daß sie wenigstens rechtzeitig eintreffe. Wenn vielleicht doch — oder daß sie wenigstens zugegen sei. Um ihn noch einmal zu sehen.

Sie kam noch zurück.

Vor dem Gemeindefonds fanden Banera, nach zerhäutet, schlaff, schmutzig, mit verschwollenen Augen, Ringen verhärtet — bajonettschwarze Soldaten auf Posten. Von den Mägen wehte die Krampfader. Wie verhasst war ihr doch diese Feder! Sie bemerkte, daß in der Mitte zwei eingetragene Posten emporgingen, an der Spitze durch einen Balken verbunden. Alles war vorbereitet.

Soldaten und Bauern gaben den Weg frei. Der Offizier bat um Entschuldigung, er müsse mit Gardegg sprechen. Lola blieb an der Tür stehen. Vor der Tür wand sich ein Weib, die Frau des Weiß. Lola neigte sich zu ihr nieder. Sprach entschlossen, aber gültig:

„Stehen Sie auf! Hier nützt kein Weinen! Seien Sie stark!“

Die Frau wandte ihr das tränenbeschnitzte, schmutzige Gesicht zu und schaute sie mit ihren verschwollenen Augen an. Aus dem Mund floss ihr Speichel, sie starrte einige Augenblicke wie geistesabwesend vor sich, brüllte dann heulend auf:

„Er wird gehängt! Wehe! Wehe!“

Ein Soldat kam, zerrte die Frau von der Erde auf und rief sie hinter das Gebäude.

Der Kurier erschien.

„Es tut mir leid“, sprach er und lehnte die Handflächen nach außen. „Es läßt sich nichts machen. Das Volksurteil muß vollstreckt werden.“

Lola hatte nichts Gutes erwartet, aber es schwindelte ihr dennoch bei diesen Worten. Ihre Arme kniffen ein. Sie rang einige Augenblicke mit den Adern, bis sie sie wieder zu öffnen vermochte. Blühte sich entsetzt um. Fünf- und zwanzig oder dreißig Bauern standen dort, das Volk eine verdrehte, eingeschichtete Herde in einem Bajonettkreis. Vor weissen Füße soll sie hinfallen, lebend? Der erste Bauer, auf den ihr Blick fiel, war ein verrosterter, barhäuptiger, tödlich erschrockener Mensch, noch hingern ihm Strohhalm aus dem Haat, so war er von seinem Lager herbeigezerrt worden. Da er Lolas Blick auf sich fühlte, wandte er sich erschrocken wie vor einer Ausfälligen ab. Im selben Augenblick stellten sich auch bereits zwei Post mit aufgepflanzten Bajonett neben sie. Der Kurier war schon verschwunden. Von drinnen wurden kurze, zornige, knurrende Worte vernnehmbar. Ein kleiner Trupp bankelte aus der Tür hervor. Gardegg erschien, hinter ihm die Offiziere. Nun bemerkte sie, daß sich unter dieser auch Symolanyi befand. Sie schaute ihn fest an.

(Fortsetzung folgt.)

Der Gruppen-Prozess.

Die Länder wäre das größte Verbrechen aller Zeiten nicht möglich gewesen. Auch wir können dem zu, nur sagen wir: „und sozialdemokratische Presse“, denn dieselbe war kein Jota besser als kapitalistische.

Darum wollen wir der „Bergwacht“ und den SPD-Arbeitern einmal das Gedächtnis etwas auffrischen. Im offiziellen Handbuch für sozialdemokratische Wähler vom Jahre 1911 steht Seite 42 über den erwarteten Weltkrieg zu lesen: „Glauben Sie Herr Herrschenden und herrschenden Klassen dieses Ungeheures den Koffern zumuten zu dürfen? Wird nicht ein Schrei des Entsetzens, des Jammers, der Empörung die Völker erschauern und sie antworten, diesem Morden ein Ende zu machen?“ Und 1912 in Basel? Sprach dort nicht Viktor Adler: „Und wir fragen uns: sind die Menschen, sind die Proletarier wirklich heute noch Schafe, die sie stamm zur Schlachtbank geführt werden können?“

Wolff: Mit Gut und Blut steht das Proletariat der kleinen Arbeiter der Internationale zur Verfügung in allem, was sie bestreben will, um den Krieg fernzuhalten. Und Jaurès schloß seine Rede, nachdem er im Namen des Internationalen Büros Manifest gegen den Krieg verlesen hatte: „Die Internationale tritt alle sittlichen Kräfte der Welt! Und wenn einmal die große Stunde schlägt, in der wir uns hingeben müßten, dieses Sonnenfeld würde uns stützen und stärken. Nicht nur leicht hin weggehen, nein, aus dem Tiefsten unseres Wesens erklären wir, wir sind zu allen Opfern bereit.“

Es war wie ein Mühlstein. Die ganze Welt richtete die Augen auf das Bajonet-Müßli, wo die Gloden zur künftigen großen Schlacht zwischen der Armee der Arbeit und der Macht des Kapitals erst und feierlich läuteten.

Am 3. Dezember 1912 sprach der sozialdemokratische Fraktionsredner David im Reichstag: „Das war eine der schönsten Stunden meines Lebens, das bekenne ich, als die Gloden des künftigen den Zug der internationalen Sozialdemokraten bekräftigten, als die roten Fahnen im Chor der Kirche sich aufstellten, als der Orgelklang die Sendboten der Völker begrüßte, die den Frieden verkünden wollten, da war das allerdings ein Einbruch, den ich nicht vergessen werde... Die Massen hören auf, willenslos, gedankenlos Herden zu sein. Die Massen hören auf, willenslos, Trabanten und Instrumente irgendwelcher Kriegsinteressenten sein.“

Jaurès hat Wort gehalten, er hat sich ganz hingegeben, er hat sein Leben opfern müssen. Und in Deutschland? David hat die schönsten Stunden seines Lebens sehr schnell vergessen, er hörte mit zu denen, die sich den Ausdruck Heilmanns: „dann gehe ich auch zu Hindenburg“ zu eigen machte. David war einer von denen, die sich am meisten im großen Hauptquartier und den Offiziersklassem hinter der Front herumtrieben, in Autos über die Obersten Heeresleitung hinter der Front spazieren ließen und die Genossen zum Opferort fürs Vaterland anfertigten.

Schrieb nicht der „Vorwärts“ am 30. Juli 1914: „Das sozialistische Proletariat lehnt jede Verantwortung für die Ereignisse ab, die eine bis zum Übermaß verblendete, herrschende Klasse heraufbeschwört usw. usw.“ Arbeiter, geht in eure Reaktionen, laßt euch einmal die Parteiblätter vom 24. bis 31. Juli 1914 vorlesen, auch der „Bergwacht“ empfehlen wir, einmal nachzulesen, wie man vor dem 1. August 1914 dachte.

Und dann kam das Unerhörte. Schon am 31. Juli schrieb die „Frankfurter Volksstimme“: „Nun käme die Gelegenheit, über den deutschen Kriegszug mit dieser fürchterlichen Gesellschaft abzurechnen. Die „Mündener Post“ schrieb am 1. August: In der Pflicht der Landesverteidigung gegen das Blutzverbrechen gegen wir uns nicht zu Bürgern zweiter Klasse machen.“ Fakt ist die ganze sozialdemokratische Presse ließe sich aufhängen, aber es wurde im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes zu weit führen. Was er wollten, war, aufzuzeigen, daß die SPD keinen Grund hat, über die Haltung der kapitalistischen Presse während und nach dem Kriege aufzuregen. Geht einmal in euer Kämmerlein und denkt ernstlich darüber nach, ob ihr es anders gemacht habt. In mir liegt ein Buch: „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnisse“ von Wilhelm Jansson. Jedes Kapitel verlangt den deutschen Leser und sucht dies den Arbeitern plausibel zu machen. Dieses Buch wurde 1915 geschrieben, Wiesel, Kob. Schmidt, Silberstein und andere führende Personen der SPD waren Mitarbeiter und alle haben direkt und indirekt als Kriegsheer gewirkt. Darum wirkt es auf den Kenner dieser Dinge komisch, wenn man sieht, wie sie jetzt wie der Wolf im Schafspelz verhalten, sich an die Arbeitererschaft heranzuschleichen.

Wieder drohen der Arbeitererschaft ungeheure Gefahren von Seiten der kapitalistischen Gesellschaft und wieder steht die deutsche Sozialdemokratie nicht auf der Seite des Proletariats, wieder ist sie der getreueste Sohn des Vaterlandes, des kapitalistischen. Mit allen Mühen und Tüden, mit allen Krissen, die jedem Menschenpieler Ehre machen würden, suchen sie das Proletariat zu pressen. Darum werden wir nicht nachlassen, von Zeit zu Zeit einmal den Schleier etwas zu lüften, damit die Arbeiter das wahre Gesicht ihrer „Freunde“ mit aller Deutlichkeit zu sehen bekommen. Darum, Arbeiter, heraus mit den bürgerlichen Zeitungen eurer Familien, aber geht noch einen Schritt weiter und geht euch zweimal die sozialdemokratische Presse an und dann sieht die Konsequenzen: Erst die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Klassenjustiz!

Die deutschen Richter sind bemüht, immer wieder nachzuweisen, daß der Vorwurf aus Arbeiterkreisen, in Deutschland ist es nach wie vor eine Klassenjustiz, durchaus unberechtigt ist. Das Breslauer Gericht, das vor einigen Tagen einen Staatsanwaltschaftsbevollmächtigten und Leutnant a. D., der aus Ehrergründung einen Menschen durch den Bauch schoß, freisprach, ist ein neues Klassenurteil gefällt. Ein Arbeiter, der als Hühnerdieb erwischt wurde, erhielt 1 1/2 Jahre Zuchthaus, obgleich er noch nicht bestraft war. Die Hühner waren einem obristbayerischen Gräbchen entwendet worden.

Wir erinnern uns eines anderen Falles. Auf dem Dominium Groß-Perlsdorf, Kreis Müllsch, wurden den armen Arbeitern wiederholt Hühner gestohlen. Als Dieb wurde festgestellt, nach einer Hausdurchsuchung des Landjägers, die Frau des Dominiumspächters U r b a n. Also, die „gnädige Frau“ stahl den Arbeitern das Letzte, was sie hatten. Und was sagte darauf seitens der Behörden? Wir haben bis heute nicht gehört, daß gegen die Frau überhaupt nur eingeschritten wurde.

Die Klassenjustiz, die sich ausschließlich gegen die Arbeitererschaft richtet, muß das Eigentum des Kapitalisten schützen. Deshalb wird der Arbeiter, der einen qualifizierten Arbeiter-Hühner stiehlt, ins Zuchthaus geworfen. Die Klassenjustiz hat jedoch kein Interesse, Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, wie die „gnädige Frau Hühnerdiebin“, die einem obristbayerischen Dominialarbeiter das letzte magere Huhn aus der Stalle mannt, zur Verantwortung zu ziehen, und ins Zuchthaus zu stecken.

Wahrlich, die Rechts- und Unrechtsjustiz ist ein würdiger Bestandteil der „demokratischen“ Republik Deutschland.

Das „Vaterland“ und die Kriegsverletzten.

Von einem Kriegsverletzten wird uns geschrieben: Am 19. Dezember hatte ich in Breslau in der Krenzelsche, Abteilung Beschaffungstelle für Kriegsverletzte, zu dem Leiter ist ein Dr. Nieber, wohnhaft Breslau, Kloster-

Die Bourgeoisie versteht etwas von der Regiekunst. Mit Geschick weiß sie die ganze Theaterwelt in Bewegung zu bringen, durch raffinierte Beleuchtung der Theaterbühne die Pupillen der „großen Masse“ nach der Schaubühne zu richten, auf der ein zwar in der bourgeois Gesellschaft nicht neues, aber doch neuinstudiertes Trauerspiel zur Aufführung gelangt: Sie weiß ihre Regisseure in den Redaktionsstuben der Sinnespresse auf den Plan zu rufen, die die „Allgemeinheit“ zur Mitwirkung gewinnen und das Urteil des Ungehörers „öffentliche Meinung“ erzeugen, hinter dem sich die Schauspieler verbergen können.

In Hirschberg gelangte der Gruppen-Prozess zur Aufführung, der gestern seinen tragischen Abschluß fand. Die Beteiligung der „Masse“ war ungeheuer. „Zwischen drei und vier Uhr spielten sich vor dem Gitter des Gefängnisses turbulente Szenen ab“, schreiben die „Breslauer Neueste Nachrichten“. „Männer, Frauen und Kinder kletterten auf die Mauer, um Peter Gruppen zu sehen, der aus dem Verhandlungsraum und dann wieder zurückgeführt wurde. Dann säumte alles nach der Einlasspforte zum Gebäude, das von einem großen Wachaufgebot umstellt war. In den Saal tönten wilde Rufe hinauf, und es hatte den Anschein, als wäre unten auf der Straße ein Kampf im Gange. Polizeinspektor Nipke, der in diesen schweren Tagen überall zu finden ist, wo man ihn braucht, und sich als unermüdlicher Helfer des Gerichtshofes erwies, eilt nach unten und schafft Ordnung. Unterdessen hat sich der Korridor mit einer stoßenden und schreienden Menge gefüllt, die jeden Zugang zum Saal unmöglich macht. Im Zuschauerraum sieht und steht alles Kopf an Kopf. Zu allem Unglück geht noch einigemal das Licht aus, Lampen treten in Aktion und beleuchten die düstere Szene.“

Gruppen wurde „des vorzüglichen Mordes“ schuldig gesprochen und „zu e i m a l“ zum Tode verurteilt.

Währenddem aber rast in Leipzig der Rapp-Butsch-Prozess als jämmerliche Komödie über die Bretter, völlig unbeleuchtet von der Sinnespresse. Dieser Prozess macht ihr Unbehagen, weil sich in ihm nicht nur ebenso wie im Gruppenprozess der vollständige Zusammenbruch der bürgerlichen Sittlichkeit offenbart, sondern weil sich die Heldendarsteller „von“ und „zu“ als Tritter traurigster Qualität entwickelten.

Erkennen wir in Gruppen ein Produkt der kapitalistischen Ordnung, das, krankhaft beeinflusst, bestrebt war, sich „mit dem Nimbus des reichen Mannes“ zu umgeben, das schon so oft, nur in anderer Person, die Gerichtsschranken zierte und dessen Handlung, nicht den Staatsanwalt, sondern den Trenarzt beschäftigen sollte, so sehen wir in den „Rapp-Butsch“-Helden vorzügliche Massenmörder, die in verbrecherischer

Straße 10. Ein Schwerkriegsbeschädigter kam, um sich für seine im Felde zerflossenen Beine die orthopädischen Schuhe in Ordnung bringen zu lassen, oder dieselben in ein Paar neue umzutauschen.

Dr. Nieber frag ihn, wieviel Schuhe er schon erhalten habe und erklärte, daß ihm nach dem Geßez keine mehr zuzufügen. Als der Kriegsverletzte sagte, er habe doch kein Geld, sich aus eigener Tasche solche teure Schuhe anfertigen zu lassen, entgegnete ihm dieser Wohltäter der Menschheit, er solle sich bei den Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten bedanken, daß es so ist, diese hätten in ihrer Mehrheit für das Geßez gestimmt.

Das sagte Dr. Nieber nicht als Privatmann, sondern als verantwortlicher (oder überverantwortlicher?) Leiter der Prothesen-Beschaffungsstelle während seines Dienstes. Es muß diesem deutschnationalen Herrn in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß er diese aufreizenden Redensarten unter allen Umständen zu unterlassen hat. Die kriegsbeschädigten Kameraden, die die Leiden des Krieges am eigenen Leibe verspüren, verlangten vom Staat keine Wohlthaten, sondern sie fordern ihr Recht. Wer gut genug dazu war, seine Knochen für das „johannische Vaterland“ hinzugeben, muß unter allen Umständen die künstlichen Glieder, je nach Bedarf, geliefert bekommen.

Zu verstehen ist nicht, daß dieser Herr Doktor, der einen so unbändigen Haß auf die Republik hat, dieser seine Dienste zur Verfügung stellt und das Gehalt von dieser selben Republik gern in Empfang nimmt. In dieser Beziehung sind die deutschnationalen Patentpatrioten eben nicht so feinfühlig. Bei einem Privatarbeitgeber dürften er sich solche Frechheiten nicht erlauben.

Ein SPD-Medner, der keine Zeit hatte.

Am Sonntag, den 18. Dezember, tagte in Arnsdorf im Riesengebirge im Gasthaus St. Annakapelle eine öffentliche Volksversammlung der SPD. Als Referent war der Landtagsabgeordnete Parteisekretär Otto Buchwitz-Görlich erschienen. In seinen fünfviertelstündigen Ausführungen konnte er sich nicht verkneifen, über die „verbrecherische“ kommunistische Partei und deren Führer zu Felde zu ziehen. Ein Dorf im Auge war ihm auch die russische Sowjet-Republik und deren Führer Lenin und Trotski. Nichts war aus seinem Referat zu entnehmen, wie der „tätkräftige Kampf“ der Arbeiterklasse gegenüber dem heutigen Kapitalismus und der waffenstarrenden Konterrevolutionäre aussehen soll. In der Diskussion sprach von unser Partei Genosse Wenzel-Görlich und zeigte an Hand von schlagenden Beweisen, welche verbrecherische und verräterische Politik von den „geistigen Führern“ der SPD bis heutigen Tages betrieben wurde. Genosse Wenzel zeigte der Versammlung — die zum überwiegenden Teile aus revolutionären Arbeitern bestand — wie der Kampf gegenüber unseren Todfeinden zu führen ist und wies nach, wohin eine Koalition mit Stinnes und Konsorten führen muß. — Doch plötzlich fiel es dem SPD-Helden Buchwitz ein, daß er um 1/2 11 Uhr wieder wegfahren müßte und somit auf seine „genauerer“ Schluß-

Weise mit modernsten Mordinstrumenten ausgerüstet und mit „erprobten“ Bestien verbündet, in Begriff waren, sich „bewußt und mit Überlegung“ mit den verhängnisvollsten Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches in Konflikt zu bringen.

Der Unterschied der zwei Prozesse ist der, daß in Hirschberg der Staatsanwalt auf Grund von Indizienbeweisen der „Öffentlichkeit“ die Schuld des Angeklagten zu beweisen suchte, während in Leipzig der Reichsanwalt trotz gravierenden Belastungsmaterials bemüht sein muß, gegen die ausgekochten Verbrecher möglichst mild zu sein. Der Unterschied ist ferner der, daß in Hirschberg der Angeklagte auf der Anklagebank sitzt und dabei immer noch als Mann auftritt, während in Leipzig „Edelste und Beste“ der einstigen Nation neben der Anklagebank sitzen und sich in ihrer Waschlappigkeit wie armeneliche Hofenscheißer betragen.

Aber die „Öffentlichkeit“ blüht nicht nach Leipzig, wo sich die ganze Gemeinheit und Niederträchtigkeit einer sittlich verwahrlosten Gesellschaft erneut offenbart, wo sich in nationaler Waffenbrüderschaft die „S.P.D.-Offiziere“ Koske, Gleime, Severing und Ebert mit den Generalen der einstigen „glorreichen Armee“ bloßstellen müssen; die „Öffentlichkeit“ läßt ihre Blide nach Hirschberg lenken — im Interesse der gesamten Bourgeoisie einschließlich S.P.D. Für Reventilheit ist diese gern zu haben und da ist es ein leichtes, durch die Presse die „große Masse“ im Interesse des Rapp-Butsch-Prozesses zu beeinflussen.

Der Arbeiter darf sich durch derartige Massensuggestion nicht vom eigentlichen Kernpunkt abbringen lassen. Er muß wissen: das, was in Hirschberg durch den Gruppenprozess vorgeführt wurde, ist das bürgerliche Gesicht, ist das Substrat der bourgeois Moral, das alle die mit erzeugen, die heute in scheinheiliger Pose von ihrem Klassen-genossen abriden. Die Sucht nach dem „Nimbus des Reichtums“ war dort die Triebfeder der finsternen Tat. — Wenn wir auch nicht verlangen, daß derartige Individuen — wenn sich ihre Schuld erwiesen hat — frei umher laufen, so liegt doch keine Veranlassung vor, sie in das Jenseits zu befördern; denn sie dürfen nicht juristisch, sondern pathologisch bewertet werden.

Die bürgerliche Presse, die noch kein Wort fand gegen all die Menschenerschütterungen Ludendorffs, Hindenburgs, v. der Goltz u. a., die sozialdemokratischen Zeitungen, die die Arbeitererschütterer Koske, Göring u. a. durch ihre Partei decken, sie haben das Recht verweigert, die Handlung Gruppen als verabscheuenswürdig zu bezeichnen, denn die Gesellschaft hat ihre Wegspur mit unschuldig vergossenem Arbeiterblut gekennzeichnet! **Maß.**

ausführungen verzichten müsse. Nun, die Versammlung war sehr zufrieden damit. Als Referent einer öffentlichen Volksversammlung sollte ein Parteisekretär wissen, daß man Zeit haben muß, um auch eventuelle Gegner zum Wort kommen zu lassen. Merkwürdig aber mußte es die Versammlung berühren, daß dieselbe geschlossen werden sollte, obwohl noch ein „Parteisekretär“ der SPD. anwesend war. Sollte dieser Arbeiter-Aristokrat mit Namen Hielscher aus Hirschberg nicht den Mut besitzen, für seinen Parteigenossen, der „keine Zeit“ hatte, einzutreten, oder hatte Herr Hielscher, der mit der kommunistischen Partei den linken Flügel der SPD. bilden wollte, auch „keine Zeit“? Oder aber hat Herr Hielscher Wind bekommen, daß die Versammlung gegen ihn war. Nun, für uns ist es ganz gleich, was Herr H. bezogen haben mag, zu kneifen, der sonst in Versammlungen, wenn keine Gegner vorhanden sind, ziemlich frech mit den Kommunisten umspringt; daß eine steht fest, er ist feige gesüchtet.

Macht nur so weiter, ihr SPD-Helden. Dieses Verhalten zeigt den Arbeitern so recht deutlich, wie die SPD-„Arbeitervertreter“ beschaffen sind.

Feinschmecker



rauchen noch wie vor
SALEM
ALEKUM
GOLD
ZIGARETTEN

Willkommene
Geschenke für Damen
und Herren!

